

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Beitung für Stadt u.

Kreis Merseburg

mit Illustrationen

Sonntagsblatt



Amfliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nachdruck amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet.

Nr. 238.

Donnerstag, den 11. Oktober 1917.

157. Jahrgang.

Amfliche Anzeigen.

Seite 4 betr.

1. Gesuche um Freigabe von Fahrradummittelbereinigungen.
2. Pen- und Strohhandschuhe.
3. Verbot des Abtreibens von Kartoffelkraut.

Tageschronik

Sozialdemokratische Hochverratsverfahren im Reichstag aufgedeckt.

Japanische Marinemission in Frankreich. Amerika kündigt den Neutralen die Handelsverträge.

Der neue Vorstoß der Verzichtsfriederichte.

In jener demokratischen Bewegung, die mit der „Mildkündigkeit“ Preußens und des Deutschen Reiches aufzubrechen will, hat die Sozialdemokratie von Anfang an die Führung gebildet. Es war das ganz natürlich, denn diese Partei bildet nicht nur die Kerntruppe der demokratischen Bewegung, sondern hat auch das meiste Interesse an dem Gelingen der eingeleiteten Aktion. Kann sie sich doch mit Recht als Erben der Parteien erachten, die jetzt unter der sozialdemokratischen Fahne mitgehen, um bewährte Staatseinrichtungen unter der Lösung: Demokratisierung des ganzen öffentlichen Lebens zu stützen. Es konnte daher kaum übersehen werden, daß die Sozialdemokratie die Führung im Kampfe gegen die neue Vaterlandspartei übernahm, die mit dem Ziele einer Sammlung aller nationalen Kräfte für die Abwehr eines schmachtliehen Verzichtsfriedens und für die Erlangung eines deutschen Friedens, das heißt eines des Lebensinteresses des deutschen Volkes entsprechenden Friedens von hervorragenden Vaterlandsfreunden ins Leben gerufen wurde und in kürzester Zeit bereits eine gewaltige Ausbreitung erreicht hat. Die Tatsache, daß die weitesten Kreise des deutschen Volkes und Männer aller Parteien, darunter auch zahlreiche Angehörige der sogenannten Mehrheitsparteien vom 19. Juli, sich begeistert der Deutschen Vaterlandspartei angeschlossen haben, wurde den Drahtziehern der Reichstagsentscheidung allmählich recht unheimlich. Darum bemühten sie die eigentliche leitende Beteiligung von Beamten und Offizieren an der von der Vaterlandspartei betriebenen Aufklärungsarbeit, um unter Führung der Sozialdemokratie Sturm zu laufen gegen die Gegner des von ihnen befürworteten Verzichtsfriedens.

Dieser Sturm setzte am Sonnabend im Reichstag im Anschluß an eine sozialdemokratische Interpellation über eine angeblich zugunsten der alldutschen Politik im Heere und im Beamtenumfeld betriebene Agitation ein. Die Deutsche Vaterlandspartei spielte dabei eine große Rolle, aber sie bildete doch nur den Angriffspunkt. Auch ohne das Geschrei auf sozialdemokratischer Seite nach dem zu den Verhandlungen nicht erschienenen Reichstagskanzler wurde es sehr bald klar, daß die Urheber des Angriffs höher zielten und die Absicht verfolgten, von dem Reichstagskanzler eine unumwundene Stellungnahme zugunsten des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli, und zwar im Sinne eines Verzichtsfriedens, zu erzielen. Daß sich die bürgerliche Demokratie, der Freisinn, diesem Bestreben dienbar machte, kann nicht weiter wundernehmen, aber auch im Zentrum fanden die Sozialdemokraten leider Unterstützung, zweifellos im Gegenfalle zu den Auffassungen weiter Kreise dieser Partei im Lande. Der Kriegeminister von Stein, dem die Interpellanten wegen angeblicher Begünstigung der alldutschen Agitation seitens unversierter Offizierkorps in erster Linie zu Leide gingen, wies die Angriffe mit echt sozialistischer Schärfe zurück, indem er das Recht für die Seeresetzung und das Offizierkorps in Anspruch nahm, der Raumadriere durch Aufklärung über die verhängnisvollen Folgen eines faulen

Friedens zu begegnen, um einer Schwächung des Siegeswillens und der Siegeszuversicht im Heere vorzubeugen. Der Kadaver-Empfang, den die Sozialdemokraten dem Kriegsmminister bereiteten, unterstrich nur die Absicht, die die Interpellanten verfolgten. Als dann Dr. Helfferich als Stellvertreter des Reichstagskanzlers das Recht für die Zivilbeamten feststellte, sich an der Vaterlandspartei und ihren Aufgaben zu beteiligen, kam diese Absicht vollends zum Durchbruch, unterstrützt durch das mangelnde Geschick des unbeliebten Reichstagskanzlers.

Am Schluß der Sonnabendigung hatte die Sozialdemokratie es mit Unterstützung des Freisinn und Zentrums tatsächlich erreicht, daß so etwas wie eine Krise entstanden war, die ein Eingreifen des Reichstagskanzlers notwendig machte. Dr. Wiegand ist es alsdann gelungen, im Verein mit dem Nachweis völlig einwandfreier Instruktionen des Kriegsministers für die unerlässliche Aufklärung der Truppen, den Konfliktstoff fortzuführen. Jetzt erst liegt der Gegensatz zwischen den Anhängern eines Verzichtsfriedens und den Freunden eines deutschen Friedens offen zutage, jetzt erst ist der Kampf zwischen diesen beiden Auffassungen voll entbrannt. Nur die Verzichtsfriederichte haben ein Interesse an der Bekämpfung der Vaterlandspartei, die nichts als einen deutschen Frieden anstrebt. Welcher Vaterlandsfreund möchte in diesem Kampfe für Deutschlands Freiheit, Dasein und Zukunft noch beiseite stehen?

Vaterlandsverrat.

Der Deutsche Reichstag entpuppt sich in seiner Mehrheit immer mehr als eine Kuppelkammer von zweifelhafter nationaler Würde. Die erkrankten Mitteilungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts v. Capelle in der Diensttag-Sitzung über den unerhörten Vaterlandsverrat, der von Matrosen eines Kriegsschiffes nach Anhörung des Rats dreier unabhängiger Sozialisten verurteilt worden ist und für den die beiden Hauptverursacher mit dem Tode bestraft werden müssen, riefen zwar eine gewisse Sensation auch bei den bürgerlichen Teilnehmern der Mehrheit hervor. Jedoch — offenbar in dem beschämenden Bewußtsein, mit jenen sozialistischen Hochverrättern an einem Strang gefangen zu haben — schränkten die Sprecher des Zentrums und der fortschrittlichen Volkspartei absahnd ihre Enttäuung dahin ein, daß kein strafrechtlich solches Verbrechen vorzuliegen scheint, sonst müßte gegen die drei Sünder eingeschritten werden. Und außerdem könne man um dieser drei willen nicht die ganze Partei — wie es der Reichstagskanzler getan — in Acht und Bann erklären. Man sieht sich ob dieser Stellungnahme wohllich an den Kopf und fragt sich, ob man denn wirklich in dem von rachs und rausgerigerten Feinden rings umtoben, um sein Leben unter schweren Opfern und Mühen ringenden Deutschland lebt und wie es möglich ist, daß aus den Kreisen der bürgerlichen Parteien heraus offenbar niederträchtige Verräter Entschuldigungen und Hilfe finden! Hier muß offenbar die weiteste Öffentlichkeit mit aller Energie und einem nur zu begründeten Entschlossenheitstun Korrekturen bewirken und die pfeifenweichen, aller tieferen nationalen Ehrgefühle offenbar ledigen Mitglieder der bürgerlichen Mehrheitsparteien zur Ordnung rufen. Dieser Reichstag ist fürwahr keine Vertretung des deutschen Volkes, sondern die Karrikatur einer solchen. Das moralische Verhulden der Dittmann, Voigtner und Haack ist so

über allen Zweifel hinaus erwiesen, daß gerade der Umstand, daß sie sich in raffinierter Verlist und Zurückhaltung, vor der Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung gesichert haben, indem sie den betörten Seelen, die sich Rats bei ihnen holten, zwar das Gefährliche ihres Vorhabens vorhielten, sie aber nicht zurückließen, sondern durch Föderung von Agitationsmaterial zu unterstützen suchten, ihre Schuld vergrößert und verächtlicher erscheinen läßt.

Bedinglich die Ablehnung des von sozialistischer Seite des antragenden Mißtrauensvotums gegen die Regierung seitens aller bürgerlichen Parteien, während die „unabhängigen“ und „eigenlichen“ Sozialisten in brüderlicher Eintracht mit den Bolsen (!) zustimmten, zeigte eine Spaltung der bisherigen Mehrheit.

Ungegründet scheint es freilich auch, daß der ganze Vorgang erst gestern regierungseitig der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde. Wären die Tatsachen ohne Scheu und falcher Ausbeutung durch das Ausland — die ohnehin hinter den Kulissen rüchloslos betriebene Feindschaft — sofort und ausführlich bekannt gegeben worden, der Blick der Mehrheitsparteien hätte sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung längst in Wohlgefallen aufgelöst.

Eigenartig berühren die Ausführungen des Staatssekretärs von Kühmann, die wenig geeignet waren, das langsam wachsende Vertrauen der nationalen Öffentlichkeit zu einer gesunden Kriegspolitik der Reichsregierung weiter zu beleben. Der bisherige Mehrheitsblock atmete unter seinen Ausführungen höchlich auf.

Alles in Allem sehen wir keine Ursache, uns über das Ergebnis der gestrigen Reichstagsitzung zu freuen.

Vom Kriege

Aus dem Westen

Die neue Flanternschlacht.

Berlin, 9. Oktober, abends. (Amflich.)

Die Oberste Heeresleitung berichtet: In Flantern entwickelte sich aus den Frühkämpfen eine neue Schlacht, die zwischen Draabank (nordöstlich von Wilsdorf) und Gelsweil (18 Km.) noch andauert. Trotz mehrmaligen Anstürms beschränkte sich der Geländegewinn des Feindes nach den bisherigen Meldungen auf einen schmalen Streifen zwischen Draabank und Gelsweil; im übrigen wurden die Angriffe abgelehnt.

Berlin, 9. Oktober. In Flantern verlusten in den frühen Morgenstunden des 8. Oktober feindliche Patrouillen in Gegen Draabank, südlich Poellafelle und bei Gelsweil vorzudringen. Sie wurden an allen drei Stellen blutig abgewiesen. Das trotz stürmischen, regnerischen Wetters wurde feierliche sich nachmittags und schnell zu außerordentlich großer Stärke in Gegen Paaschendaale und südlich Wilsdorf anstellte an. Es lehte sich bis zum späten Abend in gleicher Stärke fort und ging während der Nacht zu jägaligeren Feuerüberfällen über. Von 6 Uhr morgens an bis 11 Uhr abends wurde die Stellung von Draabank und Gelsweil — Staden und nördlich der Straße Meinen — von neuen englischen Angriffen eingehalten. Trotz tiefliegenden Wolken und regnerischen trübten Wetters war die beiderseitige Mitternachtsarbeit lebhaft.

An der Draabankfront war das feindliche Artilleriefeuer in Gegen Lens, südlich Mönch und südlich Fontaine lebhaft. Auch an der Wilsdorffront nahm in Gegen Fort Malmillon das Artilleriefeuer zu und kam mit Einbruch der Dunkelheit ab. In Gegen Fort Malmillon und Zwincourt brachen unsere Patrouillen aus exfolgenden Unternehmungen Gefangene zurück. An der Draabankfront folgte kurzer harter Artilleriebeschuss ein feindlicher harter Vorstoß westlich Draabank, der unter Einwirkung von Gefangenen im Gegen Draabankreflex abgewiesen wurde. Weiterberst der Draabankfront die Artillerieartigkeit teilweise zu.

Die englischen Ziele.

Berlin, 8. Oktober. Nach englischen Meldungen hat Landwirtschafsminister Brotherton am 8. Oktober in ausföhrlicher Rede vor der Landwirtschaftlichen Vereinigung

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Oktober. Am Bundesratsstische Staatssekretär Dr. Helfferich, v. Capelle, u. Kühnemann, Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen. Abg. Albrecht (Ansb., Sos.) fragt wegen Beschäftigung eingetragener Handwerker mit der Herstellung von Friedensuniformen u. s. w. und Entlassung derselben aus dem Seereserve, worauf ihm Generalmajor v. Oden antwortet, daß nach Fertigstellung der Kriegsuniformen die allmähliche Entlassung der Mannschaften angedacht wurde, die später aber wieder notwendig gebraucht wurden. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt. Auf eine Anfrage des Abg. Waldstein (F. Vp.) über die völkerrechtswidrige Behandlung der Zivilbevölkerung nach der Besetzung von Tabora durch die belgische Regierung antwortet Ministerialdirektor Dr. Krieger, daß Vorkommnisse in Betracht kommen. Neue Verhandlungen stehen. Nach weiteren kleinen Anfragen geht das Haus die

werden. Was die Beamtenschaft anlangt, so ist insbesondere wegen Mißbrauch dahin, daß Bezugsleute ihre Untergebenen zum Anschluß an eine bestimmte Partei zu bewegen suchen, unzufrieden. Das gilt für alle Parteien. Wenn wir diese Dinge innefassen, werden wir gewiß auf einen dauerhaften Weg gemeinsamer Wirkens kommen. Wir werden sehr viel weiter kommen, wenn die, welche die Friedensentscheidung des Reichstags bekämpfen und von einem Hungerfrieden sprechen, in der Behandlung dieser Dinge gerechter werden.

einen Frieden der Kraft. Einen solchen Frieden können wir erreichen in dem Rahmen der Reichstagsentscheidung. (Beifall.) Solange unsere Gegner aber Forderungen stellen, die für jeden Deutschen unannehmlich sind, solange sie zusehen das deutsche Volk und seinen Kaiser einem Keil zu scheitern versuchen, so lange müssen wir eben die Friedenshand zurückhalten, so lange müssen wir warten und wir können warten, so lange müssen die Kanonen und das U-Boot ihre Arbeit tun — und dieser Friede wird kommen. (Beifallgerausch.)

Darauf führt Staatssekretär v. Capelle folgendes aus: Die russische Revolution hat bei einigen wenigen Leuten an Bord wahrnützige Ideen erzeugt. So hatten sie Pläne, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werben und die ganze Mannschaft der Flotte zum Laufen und den Frieden zu ermutigen. (Stürmisches Geklirr.) Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hatten. (Großer Rärm, Pfauke, „Unser!“) Es steht attennmäßig fest, daß der Hauptorganisator hier im Reichstage im Fraktionszimmer des Herrn Dittmann, Heine und Voghter seine Pläne vorgetragen und Billigung gefunden hat (erneut großer Rärm) und auf das Geschäftliche seines Unternehmens hingewiesen, zum ersten Besuche gemacht wurde, daß er aber keine volle Unterstützung zur Übermittlung von Materialmaterialien zugesagt erhielt. Wir haben die Parteilisten des Atlantikmaterials mit allen Kräften verhindert! (Stürmisches Geklirr.) Einige Leute haben sich immer vorgangem, trotz dem die umlaufenden Gerüchte meistens übertrieben sind. Die Schlagartigkeit der Flotte ist auch nicht einen Moment in Frage gestellt worden. So soll es bleiben! (Stürmisches Geklirr.)

Unsere ganze Zukunft

wird in dieser Gegenwart erobert. Am Großen geht's, um alles! Und wenn Du den letzten Groschen dem Vaterlande leihst, armfelig und kleinbleibst's immer noch gegenüber dem, was draußen im Feld jeder einzelne leistet.

Also

fort mit fürchtert Mengflichkeit, fort mit „Wenn“ und „Aber“, fort mit Klagen und Jaudern!

Rede nicht! Frage nicht!

Zeichne!

Bekämpfung der Interpellation über die Agitation zugunsten der Deutschen Vaterlandspartei

fort. Abg. Dittmann (U. S.) führt u. a. folgendes aus: In den Augen des Auslandes trägt die geistige Rede des Reichstanzlers (der Reichstanzler ist eben im Saal erschienen) den Stempel der Feigheit. (Wieder erhört einen Ordnungsruf.) Man predige den Verständigungsfrieden, werte aber für den Eroberungsfrieden ein. (Zweiter Ordnungsruf.) Jede nicht alldeutsche Propaganda wird unterdrückt. Die Presse der unabhängigen Sozialdemokratie ist im Meer und in der Marine verboten. Es wird deutlich, daß die Schuld am Kriege trägt, liegt bei den Alldeutschen. (Präsident: Ich kann nicht zugeben, daß Sie davon sprechen, daß die Schuld am Kriege auf deutscher Seite ist.) Will man der alldeutschen Gefahr begegnen, so muß man die Regierung bekämpfen. Stimmen Sie für unseren Vorschlag an. (Der Präsident ruft den Redner nachträglich noch zum zweiten Mal zum Ordnung.)

Reichsanzler Dr. Michaelis führt in der Entgegnung aus, daß der vom Abg. Dittmann aufgegriffene Stoff bereits am Sonnabend im Hauptausdruck nach allen Richtungen hin durchgesprochen worden ist. Ich habe dazu zu bemerken: 1. Abg. Dittmann im Meer und in der Marine zu sprechen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts wird die Berechtigung meiner Worte nachher beweisen. 2. Abg. Dittmann behauptet, daß ich allen Parteien volle Objektivität zugesagt habe. Dies gilt, wie ich bereits früher sagte, nur für diejenigen Parteien, die keine das Bestehen des Reiches und des Staates gefährdenden Ziele verfolgen.

Die Partei der Unabhängigen Sozialisten steht für mich jenseits dieser Grenze.

(Beifall rechts. Rärm bei den U.-Sos.) Was die angelegte Agitation im Meer und in der Marine anbelangt, so hat bereits der Kriegsminister ausführlich darauf geantwortet. Der Reichstanzler gibt jedoch den wesentlichen Inhalt der für diese Aufführungsarbeit angegebenen Grundzüge, wie die Ursache des Kriege, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands usw. Die Aufführungsarbeit war ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Heer und Heimat. Die Tätigkeit hat mit Politik nichts zu tun. Der Herr Kriegsminister hat angegeben, daß Verträge vorliegen, aber er sei nachträglich erfüllt, daß es unzulänglich sei, die Politik in die Aufführungsarbeit hineinzuziehen und daß Vorneber gefehlt habe, wenn es trotzdem geschähe. Es wird insbesondere nicht gebildet werden, daß Abgeordnete wegen ihrer Stellung zu den Kriegeszeiten herabgesetzt oder belästigt

Wir müssen die Ziele der Entscheidung in ihrem positiven Sinne und nach ihrer sozialistischen Seite herausarbeiten. Ich habe am 19. August unter Zustimmung des Hauses diese Ziele der Entscheidung besonders hervorgehoben. Wir können auf der Grundlage dieser Entscheidung einen Frieden erreichen, der dem Bauern den Segen einer Scholle sichert, den Arbeitern befriedigende Beschäftigung verleiht, der Industrie ihre Absatzmärkte sichert und unseren Schiffen ihre Fahrt durch die freien Meere gestattet,

Abg. David (Sos.): Der außerordentlich schweren Aufgabe des Staatssekretärs gegenüber Mitgliedern des Hauses ist die äußerste Zurückhaltung am Platze. Mindestens müssen die Angelegenheit gehört werden. Es ist unklar vom Reichstanzler, die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten jenseits der von ihm gezogenen Grenzen der Parteilichkeit zu stellen. Wenn der Abg. Dittmann eine Partei auffordert, jetzt noch endlich die Rede der von ihm befolgten Politik einzustellen, so hat in der Vergangenheit bisher das Interesse des Volkes und der Arbeiterklasse nicht ausschließlich wahrgenommen, was man von der Politik der Unabhängigen Sozialisten nicht sagen kann. Das werden die nächsten Wochen beweisen. Der Redner wendet sich jedoch gegen die Deutsche Vaterlandspartei, die eine Parteigängerpartei nennt.

Abg. Haase (U. S.) gibt zu, daß er mit dem Material im Fraktionszimmer gesprochen habe, befreit aber, weil ihm der erwähnte Plan erstört zu haben und fordert den Staatssekretär auf, das Beweismaterial vorzulegen. Der fragliche Material habe Beschränkung bei ihm geführt über diese Angelegenheit. Die Materialen hatten in großer Zahl auf die unabhängige Partei abnommiert, um sich „geistig hoch zu fühlen“. Hierbei habe er dem Materialen Materialen raten. (1.) Auch der Abg. Voghter (U. S.) gibt zu, daß dem Materialen gesprochen zu haben, befreit aber die Wahrheit der Aufgabe des Staatssekretärs. Abg. Dittmann befragt die Aussagen seiner Vorredner. Von einem Zusammenhang mit Plänen, wie sie Herr von Capelle angedeutet hat, sei dabei keine Rede. Man wolle den Friedensgedanken in der Marine erlösen.

Staatssekretär von Capelle: Auf die ersten Ausführungen des Abg. Dittmann bleibt mir nichts anderes übrig, als die Sache zu klären, wie sie sich bei der Entscheidung im Reichstag zugetragen hat. Die Sache ist dem Fraktionsmitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt worden. (Beifall.)

Die Briefe der Prinzessin.

Von G. H. Oppenheim

„Sie müssen mir die Briefe aushändigen!“ sagte Heinz rasch und bestimmt. „Sie könnten sonst erste Ingelegenheiten davon haben. Von mir aber wird kein Mensch erfahren, wenn ich Ihren Brief verdanke.“

„Wenn ich diesen ganz sicher wäre —“ meinte Fräulein Wiege ängstlich. Heinz aber drängte ungeduldig: „Habe ich es Ihnen nicht bereits versprochen? Sie dürfen ganz unbesorgt sein. Und Sie können nichts Besseres tun, als sie mir zu geben.“

„Ach, ich werde ja froh sein, wenn ich das zugestehen“, erwiderte das Mädchen. „Ich mag mich mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben. Aber ich will mich auch keiner Gefahr aussetzen. Und ich weiß nicht, ob ich bereit bin, sie Ihnen —“

„Sie verflumme. Hoffentlich Gedanken arbeiten lieber, einen Grund ausfindig zu machen, der sie bewegen mußte, ihm die Dokumente auszuhandigen.“

„Sie sind dazu berechtigt“, sagte er, um Zeit zur Ueberlegung zu gewinnen. „Sie vermuteten selbst, daß es sich dabei um eine alte Liebesgeschichte handelte. Ich will Ihnen nur gestehen, daß ich vorhin nicht ganz aufständig gegen Sie gewesen bin.“ Er hatte sich jetzt einen gewissen Plan zurechtgelegt, nach dem er handeln mußte. „Ich habe Ihnen, daß ich nur ein rein abstraktes Interesse am Fall Wartens habe. In Wirklichkeit kommen jedoch noch einige persönliche Motive hinzu. Ich kenne eine Dame, die früher einmal in nahen Beziehungen zu Wartens gestanden hat, ich bin gut, sehr gut mit ihr befreundet. Diese Dame befindet sich in großer Unruhe, weil einige Briefe allzu deutlichen Inhalts, die sie an Mariens geschrieben und die sich sicherlich noch in seinem Besitz befinden mußten, nach seinem Tode nicht aufgefunden wurden. Die Dame ist nämlich jetzt verheiratet.“ Er setzte hinzu, „In diese Briefe handelt es sich hier ohne Frage. Sie haben mit dem Wort gar nichts zu schaffen, aber es würde der betreffenden Dame begrifflicherweise eine große Beruhigung sein, sie zurückzubekommen. Sie sehen also, daß Sie ein gutes Werk tun, wenn Sie sie mir aushändigen.“

„Ja, wenn es so ist —“ meinte Fräulein Wiege erleichtert. „Dann kann ich sie Ihnen freilich geben. Und jetzt verstehe ich auch besser, warum Sie sich gar so sehr für diese gräßliche Vorgeschichte interessieren, die mir schon genia höchste Mühe gekostet hat. Ich habe das

„Sie müssen mir die Briefe aushändigen!“ sagte Heinz rasch und bestimmt. „Sie könnten sonst erste Ingelegenheiten davon haben. Von mir aber wird kein Mensch erfahren, wenn ich Ihren Brief verdanke.“

„Wenn ich diesen ganz sicher wäre —“ meinte Fräulein Wiege ängstlich. Heinz aber drängte ungeduldig: „Habe ich es Ihnen nicht bereits versprochen? Sie dürfen ganz unbesorgt sein. Und Sie können nichts Besseres tun, als sie mir zu geben.“

„Ach, ich werde ja froh sein, wenn ich das zugestehen“, erwiderte das Mädchen. „Ich mag mich mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben. Aber ich will mich auch keiner Gefahr aussetzen. Und ich weiß nicht, ob ich bereit bin, sie Ihnen —“

„Sie verflumme. Hoffentlich Gedanken arbeiten lieber, einen Grund ausfindig zu machen, der sie bewegen mußte, ihm die Dokumente auszuhandigen.“

„Sie sind dazu berechtigt“, sagte er, um Zeit zur Ueberlegung zu gewinnen. „Sie vermuteten selbst, daß es sich dabei um eine alte Liebesgeschichte handelte. Ich will Ihnen nur gestehen, daß ich vorhin nicht ganz aufständig gegen Sie gewesen bin.“ Er hatte sich jetzt einen gewissen Plan zurechtgelegt, nach dem er handeln mußte. „Ich habe Ihnen, daß ich nur ein rein abstraktes Interesse am Fall Wartens habe. In Wirklichkeit kommen jedoch noch einige persönliche Motive hinzu. Ich kenne eine Dame, die früher einmal in nahen Beziehungen zu Wartens gestanden hat, ich bin gut, sehr gut mit ihr befreundet. Diese Dame befindet sich in großer Unruhe, weil einige Briefe allzu deutlichen Inhalts, die sie an Mariens geschrieben und die sich sicherlich noch in seinem Besitz befinden mußten, nach seinem Tode nicht aufgefunden wurden. Die Dame ist nämlich jetzt verheiratet.“ Er setzte hinzu, „In diese Briefe handelt es sich hier ohne Frage. Sie haben mit dem Wort gar nichts zu schaffen, aber es würde der betreffenden Dame begrifflicherweise eine große Beruhigung sein, sie zurückzubekommen. Sie sehen also, daß Sie ein gutes Werk tun, wenn Sie sie mir aushändigen.“

„Ja, wenn es so ist —“ meinte Fräulein Wiege erleichtert. „Dann kann ich sie Ihnen freilich geben. Und jetzt verstehe ich auch besser, warum Sie sich gar so sehr für diese gräßliche Vorgeschichte interessieren, die mir schon genia höchste Mühe gekostet hat. Ich habe das

„Sie müssen mir die Briefe aushändigen!“ sagte Heinz rasch und bestimmt. „Sie könnten sonst erste Ingelegenheiten davon haben. Von mir aber wird kein Mensch erfahren, wenn ich Ihren Brief verdanke.“

„Wenn ich diesen ganz sicher wäre —“ meinte Fräulein Wiege ängstlich. Heinz aber drängte ungeduldig: „Habe ich es Ihnen nicht bereits versprochen? Sie dürfen ganz unbesorgt sein. Und Sie können nichts Besseres tun, als sie mir zu geben.“

„Ach, ich werde ja froh sein, wenn ich das zugestehen“, erwiderte das Mädchen. „Ich mag mich mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben. Aber ich will mich auch keiner Gefahr aussetzen. Und ich weiß nicht, ob ich bereit bin, sie Ihnen —“

„Sie verflumme. Hoffentlich Gedanken arbeiten lieber, einen Grund ausfindig zu machen, der sie bewegen mußte, ihm die Dokumente auszuhandigen.“

„Sie sind dazu berechtigt“, sagte er, um Zeit zur Ueberlegung zu gewinnen. „Sie vermuteten selbst, daß es sich dabei um eine alte Liebesgeschichte handelte. Ich will Ihnen nur gestehen, daß ich vorhin nicht ganz aufständig gegen Sie gewesen bin.“ Er hatte sich jetzt einen gewissen Plan zurechtgelegt, nach dem er handeln mußte. „Ich habe Ihnen, daß ich nur ein rein abstraktes Interesse am Fall Wartens habe. In Wirklichkeit kommen jedoch noch einige persönliche Motive hinzu. Ich kenne eine Dame, die früher einmal in nahen Beziehungen zu Wartens gestanden hat, ich bin gut, sehr gut mit ihr befreundet. Diese Dame befindet sich in großer Unruhe, weil einige Briefe allzu deutlichen Inhalts, die sie an Mariens geschrieben und die sich sicherlich noch in seinem Besitz befinden mußten, nach seinem Tode nicht aufgefunden wurden. Die Dame ist nämlich jetzt verheiratet.“ Er setzte hinzu, „In diese Briefe handelt es sich hier ohne Frage. Sie haben mit dem Wort gar nichts zu schaffen, aber es würde der betreffenden Dame begrifflicherweise eine große Beruhigung sein, sie zurückzubekommen. Sie sehen also, daß Sie ein gutes Werk tun, wenn Sie sie mir aushändigen.“

„Ja, wenn es so ist —“ meinte Fräulein Wiege erleichtert. „Dann kann ich sie Ihnen freilich geben. Und jetzt verstehe ich auch besser, warum Sie sich gar so sehr für diese gräßliche Vorgeschichte interessieren, die mir schon genia höchste Mühe gekostet hat. Ich habe das

Bekanntmachung

Nr. G. 2202/7. 17. R. R. II.

betreffend Beschlagnahme von Weiden, Weidenkörben, Weidenstühlen und Weidenröden.

Vom 10. Oktober 1917.

Nachfolgende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des Königlich Kriegsministeriums hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, dass, soweit nicht nach dem allgemeinen Strafrecht höhere Strafen verurteilt sind, jede Zuwiderhandlung nach § 8 der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsgüter in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) bestraft wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 608) unterlag werden.

§ 1.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.
Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: alle Weiden und Weidenkörbe (auf dem Stock und geschnitten), Weidenstühle sowie Weidenröden.

§ 2.

Beschlagnahme.

Die im § 1 bezeichneten Gegenstände werden als beschlagnahmt.

§ 3.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, dass die Veräußerung von Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen

1. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu schwebendem Wart wird, sofern nicht nach allgemeinem Strafrecht höhere Strafen verurteilt sind, bestraft.

2. Wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand besitzergibt, beschädigt oder zerstört, verkauft, veräußert oder tauscht oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;

3. Wer der Verpfändung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verpfänden und pfandlos zu behandeln, zuwiderhandelt;

4. Wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Verfügungen nicht, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Versteigerung erfolgen. Trotz der Beschlagnahme ist das Ernten unter sachgemäßer Schonung aller Umstände sowie das Trocknen, Schälen, Spalten und Sortieren erlaubt.

§ 4.

Veräußerungserlaubnis.

Der Beschlagnahme dürfen veräußert und geliefert werden:

1. Weiden und Weidenkörbe allgemein an Aufkäufer, die mit einem Ausschnitt der für ihren Wohnort zuständigen Kriegsamtsstelle versehen sind (amtliche Aufkäufer);
2. Weiden und Weidenkörbe von den amtlichen Aufkäufern oder solchen anerkannten Weidenzüchtern, deren Jahresernte mehr als 2000 Zentner an Weiden beträgt (Großhändler), auf Grund eines Freinabehines der Kriegs-Holzstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums;
3. Weidenstühlen auf Grund eines besonderen Freinabehines der Kriegs-Holzstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums;
4. Weidenröden an die Rindern-Schlachthaus-Gesellschaft m. b. H., Berlin NO 43, Meyerbeckerstr. 1-4, oder an die von dieser Gesellschaft beauftragten Aufkäufer.

§ 5.

Verarbeitungserlaubnis.

Trotz der Beschlagnahme bleibt die Verarbeitung der beschlagnahmten Gegenstände bis zum 25. Oktober 1917 allgemein erlaubt.

Vom 26. Oktober 1917 ab ist eine weitergehende Verarbeitung als die im § 2 Vbf. 2 bezeichnete (Ernten, Trocknen, Schälen, Spalten, Sortieren) nur auf Grund einer von der Kriegs-Holzstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums erteilten Verarbeitungserlaubnis gestattet.

§ 6.

Vordrucke für Anträge.

Anträge auf Freigabe oder Verarbeitungserlaubnis sind auf besonderen amtlichen Vordrucken zu stellen, die bei der Vordruckverwaltung der Kriegs-Holzstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Berlin

Seemannstr. 10, unter Angabe der Vordrucknummer Bst. 1509, erhältlich sind.

§ 7.

Ausnahmen.

Ausgenommen von den Anordnungen dieser Bekanntmachung sind solche Mengen an Weiden und Weidenkörben, die bei einem Richter (Grundbesitzer oder Pächter) nicht mehr als gleichzeitig zusammen 3 Zentner und bei einem Händler oder Verarbeiter nicht mehr als gleichzeitig zusammen 10 Zentner betragen.

Weiden die vorgenannten Mindestmengen von 3 oder 10 Zentnern einmal überschreiten, so unterliegt der Gesamtbestand an Weiden und Weidenkörben den Anordnungen dieser Bekanntmachung.

§ 8.

Anfragen und Anträge.

Alle Anfragen und Anträge sind an die Kriegs-Holzstoff-Abteilung, Solzentrals, Section A, des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Friedrichstr. 223, zu richten und am Kopie des Schreibens mit der Aufschrift „Betrifft Weidenbeschlagnahme“ zu versehen.

§ 9.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 10. Oktober 1917 in Kraft.

Gleichzeitig werden die vor dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung angeordneten Einzelbeschlagnahmen der Vorkategorie der im § 1 bezeichneten Gegenstände aufgehoben.

Unberührt durch das Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bleiben die durch die Bekanntmachung Nr. G. 1023/2. 17. R. R. II. vom 1. April 1917 festgesetzten Höchstpreise sowie die durch die Bekanntmachung Nr. G. 1600/3. 17. R. R. II. vom 15. Mai 1917 angeordnete Weidenpflicht und Lagerbuchführung.

Magdeburg, den 10. Oktober 1917.

Der Stellv. Kommandierende General des IV. Armeekorps
F. v. Lyncker,
General der Infanterie
a la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher, welche ihren Bedarf an

Hauslisten zur Aufnahme des Personenstandes

durch unsere gelbe Bestellkarte noch nicht aufgegeben haben, bitten wir umgehend ihre Bestellung uns zugehen zu lassen.

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Bekanntmachung

betr.

freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen

Durch Verordnung des stellvertretenden General-Kommandos 4. Armeekorps vom 2. Oktober ist die Frist zur freiwilligen Ablieferung der beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände aus Kupfer und Kupferlegierungen bis zum 31. Oktober d. Js. verlängert.

Bis zu diesem Zeitpunkt werden die erhöhten Preise und ein Zuschlag von 1 Mark pro kg gezahlt. Die Gegenstände können in der Zeit von 9-12 Uhr vorm. in der unten angegebenen Stelle abgeliefert werden. Merseburg-S., den 8. Oktober 1917.

Die Kreisammalstelle Firma Liebmann
Merseburg, Entenplan 6.

Annahmestellen der Kreisparikasse

befinden sich in
Bothsfeld, Kranleben, Großgräfendorf,
Hollen, Hurburg, Keuschberg, Rigen,
Kleinorbertha, Kötzchan, Niederlobianau,
Papitz, Pappendorf, Pappitz, Spargau,
Starvedel, Wehitz und Zöfchen.

Heimsparrbüchsen

sind daselbst zu erhalten; sie werden im Weissen der Sparrer geleert.

Das Geschäftslokal der Kreisparikasse befindet sich vom 1. Oktober 1914 ab bis zur Fertigstellung des Kreishausneubaus im Grundstücke Bahnhofsstraße Nr. 3 (2 Minuten vom Bahnhof Merseburg).

Städtische Sparkasse, Merseburg.

3. Kriegsanleihe.

Ausgabe von Anteilscheinen zu 5, 10 und 50 Mark. Die Anteilsträge werden vom 1. Oktober 1917 ab bis zum Ablauf des Jahres, in welchem Friedensschluss erfolgt, mit 5 Prozent verzinst und nach Friedensschluss zurückgezahlt in dringenden Fällen auch früher.

Zeichnungen werden bis Donnerstag, den 18. Oktober d. Jrs., mittags 1 Uhr entgegengenommen.

Merseburg, den 25. September 1917.

Der Vorstand der Städtischen Sparkasse.
Thiele, Stadtrat.

Aufmerksame Bedienung. Mäßige Preise.

Karl Tänzer

Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7

Spezialgeschäft für

Braut- und Erstlings-Wäscheausstattungen.

Fernspr. 259.

Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Zur Bequemlichkeit der Zeichner auf die

VII. Kriegsanleihe

halten wir unsere Kassen
: bis zum 17. Oktober or. ::

auch nachmittags von 1/2 3-5 Uhr

geöffnet.

Mitteldeutsche Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Zweigniederlassung Merseburg.

Friedrich Schultze, Bankgeschäft.

Bekanntmachung.

Herr oder Dame

mit guter Handschrift und geübt im Maschinenschreiben zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Gehaltsforderung zu richten an den

Magistrat zu Lützen.